

"Verantwortung des Wissenschaftlers und Ingenieurs" Sachstand zum Thema Zivilklauseln

Der Beitrag möge in vier Teile gegliedert werden:

- Problemlage Koordination Seite 1
- Thematisches zur Zivilklausel Seiten 1-2
- Ergebnisse des Zivilklausel-Arbeitstreffens in Bremen Seiten 3-4
- Die Folien zum KIT Karlsruhe für Bremen Seiten 5-6

Problemlage Koordination

Den problematischen Versuch, nach dem Zivilklausel-Arbeitstreffen am 24./25. Januar 2015, für das Jahr 2016 ein bundesweites Folgetreffen einzuladen habe ich mit erheblichem Frust in den dem Artikel „Sumpflandschaft Zivilklauselbewegung?“ am 20. Juli 2016 in NRhZ verdichtet. Die bis Anfang 2015 vorhandene Zivilklausel-Arbeitskapazität von NatWiss ist danach aufgrund anderer Prioritätensetzungen fast vollständig eingeschlafen mit alle negativen Folgen für die bundesweite Koordination.

Ein gewisses Aufbäumen war mit dem mühevoll durchgesetzten Treffen am 9.X.16 bei NatWiss erreicht worden. Der Bericht über die Lage an der Hochschule Bremen hatte zur Folge, dort Anfang 2017 einen neuen Versuch zu wagen. Bemerkenswert war Reiners Zusage, an RA Dr. Hoppe wegen Erstellung eines finanzierten Rechtsgutachtens heranzutreten. Das hat unter Mitwirkung der gegründeten Arbeitsgruppe am 25./26. Februar 2017 zum Erfolg geführt.

Inwiefern die NatWiss Arbeitsteilung wieder etwas mehr in Richtung Zivilklausel verbessert werden kann, bleibt abzuwarten. Es sollte nicht vergessen werden, dass der Kampf um die Köpfe in den Bildungseinrichtungen ein elementarer NatWiss-Gründungsgedanke ist

Thematisches zur Zivilklausel

- **BMWi-Strategiepapier**

Ende Dezember 2016 inmitten in der Hochzeit der Vorbereitungen für Bremen wurde in Heise Online ein bemerkenswerter Artikel über das BMWi-Strategiepapier "Stärkung der zivilen Sicherheitsindustrie" veröffentlicht. Darin werden Zivilklauseln als Hindernis eingestuft. Habe das am 28. Dezember unter dem Titel „Hoch lebe die Zivilklausel!“ kommentiert und mit einer Selbstkritik verbunden. Die im Sumpflandschafts-Artikel vermittelte Schwäche der Zivilklausel-Bewegung wird in Kreisen der Wirtschaft gar nicht so gesehen. Dann bräuchte man sich dort keinen Sorgen machen. Dass dort merkwürdigerweise die Banken im Zusammenhang mit der Zivilklausel gesehen werden, konnte erst später in der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten aufgeklärt werden. Wie ich im Artikel am 25. Februar „Banken und Zivilklausel?“ in NRhZ schrieb, sind offenbar die Nachhaltigkeitsbanken gemeint, die jegliche Finanzierung von Rüstungsgeschäften ausschließen. Die TeilnehmerInnen des Bremer Treffens fanden das alles ermutigend.

- **Rüstungskonversion**

Das Thema Rüstungskonversion wurde trotz zweifachen Ausweises in der Tagesordnung nicht behandelt.

Erlaube mir, auf meinen Vorschlag für den zugehörigen Workshop im Kasseler Friedensratschlag am 4. Dezember 2016 zu verweisen. Habe den Vorschlag vorgelegt „Unsere Antwort auf Hochrüstung mit »Europäischer Verteidigungsarmee« gemeinsame EU-Initiativen zur Rüstungskonversion (Umstieg von Waffen- auf Zivilproduktion) und zur Zivilklausel (Militärisches raus aus Hochschulen)“. Wurde dort und woanders bisher nicht aufgegriffen. Hier der link zum Original <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20161204ds.pdf>

Habe mir im Treffen aufgrund des aktuellen FR-Artikels vom 23. Februar „Korallen auf Kanonen“ einen kleinen Scherz erlaubt. Die FR berichtet über das Nazi-U-Boot 581, das vor 75 Jahren bei den Azoren versenkt worden war. Nun wurde es in 870 Meter Tiefe entdeckt, überwachsen mit Korallen. Mein Kommentar: Wunderbare Korallenbilder. Dort gehören alle neudeutschen Kriegsschiffe hin. Zugegeben, ein nicht ganz realistisches Rüstungskonversionsprogramm.

- **Hochrüstung, EU-Bombe, Atomkrieg**

Dieses hochaktuelle und mit Abstand problematischste Kapitel in der Tagesordnung konnte mit Ausnahme von Erwähnungen auch nicht diskutiert werden. Man werfe einen Blick in die Folien zum KIT auf Seite 6.

Die dramatische Lage wird charakterisiert durch die Panorama-Sendung am 2. Februar "US-Atombomben in Deutschland und Donald Trump" mit der Frage "Auf deutschem Boden sind US-Atomwaffen stationiert. Was bedeutet dies in Zeiten, in denen ein US-Präsident die NATO als auch schon mal als »obsolet« bezeichnet?" Albrecht Müller von NachDenkSeiten erklärte dazu, dass das renommierte Magazin manipuliert und ins rechte Lager der Militaristen driftet, indem es die Politik der Abschreckung und der Atombomben lobt.

Trump erwähnte in seiner aktuellen Rede vor dem Kongress, dass er nun die NATO unterstützt. Das wird aber die neudeutschen militärisch-industriell-medialen Strategen nicht beruhigen. Und Trump hatte außerdem erwartet, dass er von den US-Partnern in der NATO, im Nahen Osten und im Pazifik Beiträge sowohl zu strategischen wie militärischen Operationen erwartet. Gleichzeitig erklärte er, dass die USA Frieden, Zusammenarbeit und Stabilität statt Krieg und Konflikte wollen. Diese KriegsFriedensPolitik kommt uns sehr bekannt vor.

Für uns bleibt es dabei: Wir fordern Abrüstung, Abschaffung der Atombombe und Überwindung der NATO verbunden mit einem ersten Schritt, dem deutschen Austritt.

Beide militärisch-industrielle Komplexe in den USA und hier erheben ihr Haupt und zeigen der Welt und Europa, wo es lang geht. Daraus folgt für uns, dass sich der „Krieg um die Köpfe“ an den Hochschulen weiter verschärfen wird.

Die Friedens-Verpflichtungen für NatWiss und andere steigern sich enorm. Die eingangs begründete verbesserte NatWiss-Arbeitsteilung in Richtung Zivilklausel wird wohl nur realisiert werden können, wenn es gelingt, mehr qualifiziertes Personal zu gewinnen und zu finanzieren.

Ergebnisse des Zivilklausel-Arbeitstreffens in Bremen

Am 25. Februar 2017 versammelten sich ca. 25 TeilnehmerInnen aus Hochschule Bremen, Uni Bremen, Uni Hamburg, HAW Hamburg, Uni Oldenburg, Uni Lüneburg, Uni Köln, Uni Leipzig, HU Berlin, KIT Karlsruhe sowie VertreterInnen aus Desy Hamburg, von GEW und VVN-BdA und aus dem Büro von MdB Nicole Gohlke in Berlin mit einer Vielzahl an hochinteressanten Berichten.

Ich möchte mich auf die Ergebnisse konzentrieren, die am Ende des Treffens Sonntagmittag gemeinsam festgelegt wurden:

1. Materialsammlung Berichte

Alle Berichte werden vom AStA HSB gesammelt, als pdf zusammen gefasst und ins AStA-Netz gestellt. Dead line für die Berichte ist Freitag 31. März 2017. Die Autoren werden gebeten, wegen der Lesbarkeit für Dritte knapp und griffig zu formulieren.

2. Treffen im Sommer

Die einladende Atmosphäre und die spannenden Erfahrungsberichte führten zu dem gemeinsamen Wunsch zu einem weiteren Treffen in Kassel im Sommer zusammen zu kommen. Senta wird sich mit Julian ins Benehmen setzen, um einen passenden Termin für die örtlichen Einlader und die bundesweiten Randbedingungen zu finden.

3. Information verbessern

Es wurde allgemein bedauert, dass viel zu wenig Berichte über Fortschritte und Probleme der Zivilklausel-Bewegung veröffentlicht werden. An das einfachste Mittel wurde erinnert, Emails an die Zivilklausel-Info-Liste zivilklausel_info@ufo.tu-bs.de zu richten. Bitte tragt Euch dort als Nutzer ein.

4. Mut machende Filmvorführung

Am Samstagabend gab es ein wirklich bewegendes Ereignis, den Dokumentarfilm „The Voice of Peace“ über den israelischen Friedensaktivisten Abie Nathan. Der Piratensender „Voice of Peace“ sendete von einem Schiff „irgendwo im Mittelmeer“, über Länder- und Glaubensgrenzen hinweg, lebensbefürwortende Musik und politische Friedensbotschaften für einen Aussöhnungsprozess zwischen der arabischen Welt und Israel. Dem AK Zivilklausel der Uni Köln gilt ein großer Dank für diesen genialen Kulturbeitrag. Der beste Beweis für die Betroffenheit der Filmgäste war eine ausgiebige und intensive Diskussion über die vielfältigsten Aspekte eines solchen Vorbilds: „Wie wollen wir leben, wir wollen wir handeln?“ Aktueller Nachtrag: Das Gegenteil von Aussöhnung läuft: Israel will eine Nahost-NATO gegen Iran aufbauen („Die Welt“ 28.02.17).

5. Dank an Veranstalter

Bei allen Pflichten der Studierenden ist ein besonders herzlicher Dank an den AStA der Hochschule Bremen zu richten mit seinem Vorsitzenden Timm von Bodecker. Das war kein Pappenstiel, die unterschiedlichsten Orga-Aufgaben vom Mittagessen bis zur Powerpoint-Beamer-Präsentation. Und die Arbeiten sich noch nicht beendet, wie das in Ziff. 1 festgelegt wurde.

6. Weg mit Bundeswehr-Kooperation

Aus allen Betrachtungen ging die Solidarität mit dem AStA und den Unterstützern hervor, die Forderung "Hochschul-Zivilklausel absichern" solange auf der Tagesordnung zu halten und öffentlich zu verbreiten, bis die Bundeswehr-Kooperation beendet ist. Klar war dabei, dass das Rechtsgutachten dabei weiter eine wichtige Rolle spielt. Klar war auch, dass eine darauf gestützte Klage juristisch nicht möglich ist. Der politische Weg muss überzeugend fortgesetzt werden. Insofern war die Vertretung aus dem Büro von MdB Nicole Gohlke von großer Bedeutung.

7. Konkretisierung Friedenskonzepte

In der allerletzten Schlussdiskussion gab es eine Kontroverse über die Forderung im Aufruf [Hochschul-Zivilklausel absichern und Friedenskonzept entwickeln!](#) betreffend die Weiterentwicklung der Zivilklausel durch beispielhaft benannte Ideen für friedenspolitische Forschungs-, Lehr- und Studienkonzepte. Das war für die Hochschule Bremen gedacht, aber auch für alle anderen Hochschulen von Interesse.

Solche Forderungen und Arbeitsaufträge seien generell abzulehnen, sagten mehrere TeilnehmerInnen. Zur Begründung wurde angeführt, dass die Friedensorientierung kooperativ und "von unten" zu erarbeiten ist, statt durch Arbeitsaufträge „von außen“. Dass es sich um vernünftige Anregungen von Gleichgesinnten handelt und nicht um „Arbeitsaufträge“, wurde von der Mehrheit nicht akzeptiert.

Meine Wenigkeit konnte sich damit nicht durchsetzen. Der simple Vorschlag zur Bildung einer Arbeitsgruppe zum Anliegen, in einem ersten Schritt bis Mitte 2017 einen Entwurf für die Hochschule Bremen zu erstellen, fand keine wesentliche Zustimmung. Auch der Vorschlag, die Bremer Anregung bundesweit als Beispiel zu verbreiten ebenso wenig.

In meiner Verzweiflung über diese demonstrative Arbeitsunwilligkeit und Abschiebung auf Zivilklausel-Gruppen wo auch immer, habe ich mich zu einer Selbstverpflichtung durchgerungen. Nämlich aus dem letzten großen Zivilklausel-Arbeitstreffen am 24./25. Januar 2015 in Berlin etwas zu ermitteln, das mit dem letztgenannten von mir zur Umsetzung angeregten und abgelehnten Friedenskonzept-Beispiel **"Vergabe und Auszeichnung von friedensrelevanten Seminar-, Abschluss- und Promotionsarbeiten"** zu tun hat.

Hier ist es aus dem Bericht über den Workshop: **»Wie die Zivilklausel gegen Verstöße verteidigen?«** Darin findet sich das Zitat:

"Zudem gab es die Erwägung eines Zertifizierungsverfahren, sowohl positiv als auch negativ: Forschungsprojekte, die in besonderer Weise zu Krieg oder zu Frieden beitragen, sollten entsprechend ausgezeichnet werden."

Das hat Ähnlichkeit mit dem genannten Bremer Beispiel. Es stammt wohl aus Überlegungen an der TU Darmstadt. Seit gut zwei Jahren hat man dazu allerdings nichts mehr gehört. Es ist nicht ausgeschlossen, dass es dennoch Interessantes dazu geben könnte.

Die benannte Dokumentation hat 4.5 MB und ist bisher nirgendwo im Netz zu finden.

„So, wie es ist, bleibt es nicht.“ sagt Bertolt Brecht ein seinem [Lob der Dialektik](#).

7. VVN-BdA zum HSB-Friedenskonzept

Im Verlaufe obiger Kontroverse übernahm der Vertreter der VVN-BdA den Job, mit den Initiatoren des Aufrufs an die Bremer Hochschulmitglieder, die den Aufruf unterzeichnet haben, mit diesem Anliegen heranzutreten. Wir halten uns besser als bisher auf dem Laufenden. Vielleicht ergibt sich doch noch etwas.

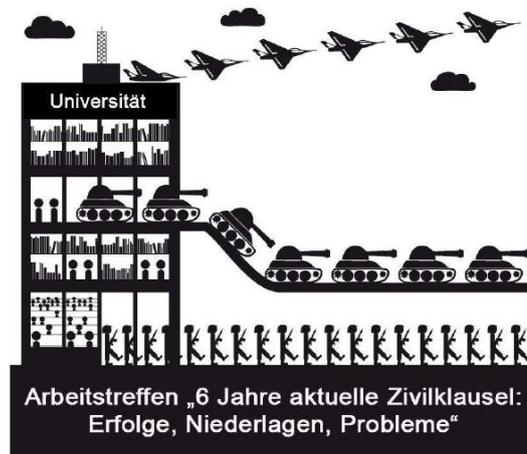
8. Schlussbemerkung

Trotz einer Reihe von ungünstigen Umständen, wie z.B. der geografischen Randlage Bremens, war das Treffen ein beachtlicher Erfolg für die Zivilklausel-Bewegung.

Das Kritische bleibt erwähnenswert. Vom vorletzten TOP "Wie weiter mit der Zivilklausel-Bewegung? Diskussion gemeinsamer Vorhaben wie Friedensgeschichtsarbeit, Konversionskonzepte aus den Hochschulen und Hochschulfinanzierung." wurde nur das erste Thema behandelt und wie dargelegt abgewimmelt. Der letzte TOP "Abschlusserklärung: Eckpunkte und Umsetzungsauftrag an Gruppe" wurde gar nicht behandelt. Das wäre ja ein unzulässiger „Arbeitsauftrag“ gewesen. Die Forderung nach Vollfinanzierung der Hochschulen als Voraussetzung für das Soziale und als Voraussetzung für die Freiheit von Wissenschaft, Forschung, Lehre und Studium muss ganz vorn auf der politischen Tagesordnung bleiben.



Dokumentation



24./25. Januar 2015 in Berlin

Folien zum KIT Karlsruhe für Bremen

I. History: Jan. 2009 erste Studi-Urabstimmung zum hochpolitischen Topic „Zivilklausel“ – erfolgreich mit 63 % Pro. Mehrere Unis folgten und beförderten die „Zivilklausel-Bewegung“.

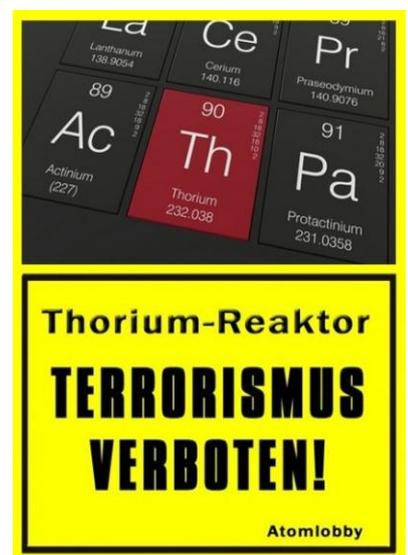
II. Faktisches: Kontra seit mehr als 8 Jahren von den KIT Direktoren und vom BaWü-Wissenschaftsministerium praktiziert. Beispiele: „Jugendsünde“ von Ministerin Theresia Bauer. Ethik-Leitlinien seien wichtiger als eine KIT-Zivilklausel. Zigfache Proteste und Aktivitäten der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten. Wir bleiben dran.

III. Aktuelles: Rüstungsverflechtung von KIT mit militärisch finanziertem Fraunhofer-Institut IOSB (Bildererkennung). Öffentliche AStA-Veranstaltung in KIT-Hörsaal im Nov. 2016. Ergebnis der Debatte im Plenum: Zielstellung Entflechtung anpacken. Fundierte IMI-Analyse soll im ersten Schritt zur StuPa-Offenlegungsforderung der Verflechtungen führen.

IV. Atom-U-Boote: Mit MdB Sylvia Kotting-Uhl wurde im April 2015 die KIT-Forschung für ultraleise Atomreaktoren aufgedeckt, die die Atom-U-Boot-Ortung verhindert. Militärisch hochrelevant und Verstoß gegen KIT-Teilzivilklausel „Großforschung“. Forderung nach Beendigung dieser Atomforschung wurde ignoriert. In Veranstaltung wurde attac-Film „Bombenwahn“ von 1989 gezeigt (33 Jahre Atomforschungszentrum Karlsruhe FZK).

V. Thorium-Reaktor: Ende 1916 ist die für Atomwaffen relevante KIT-Forschung an Thorium-Reaktoren aufgedeckt worden. Artikel darüber bei BUND und Anti-Atom. Folgeartikel bei IPPNW und Bundestagsanfrage von MdB Kotting-Uhl wurden angeregt.

[Nachtrag] Die Kleine Anfrage Drs 18/11092 wurde am 2. Februar eingereicht. Attac-Veranstaltung in Karlsruhe über „Deutschland und Atomwaffen“ am 6. April 2017 mit Abgeordneten u.a. mit MdB Kotting-Uhl.



VI. Genese der Plutonium-Gesellschaft: Mit diesem Titel hatte Ende der 1970er Jahre der verfolgte deutsch-französische Wissenschaftler jüdischer Herkunft Léon Gruenbaum seine Diskriminierung im FZK durch den Altnazi und FZK-Geschäftsführer Rudolf Greifeld verarbeitet und eine bedeutende Monographie geschaffen. Er war der erste Posthum-Whistleblower, der im Okt. 2015 im Rathaus Karlsruhe mit Brandon Bryant und Gilles-Eric Séralini geehrt wurde. 2013 war in einem Gruenbaum-Symposium an die von Gruenbaum aufgedeckte Greifeld-Affaire als Wehrmacht-Verbrecher in Paris 1940/41 erinnert worden. Greifeld wurde kurz nach dem Whistleblower-Preis vom KIT entwürdigt. Gruenbaum wurde mit einer Grabtafel geehrt. Die Monographie harret der Veröffentlichung.



VII. Internationales im Rückblick: Bei allem was aus Zeitgründen gestrichen werden musste, darf ein elementares Ereignis der KIT-Zivilklausel-Geschichte nicht weggelassen werden. Der bewegende Auftritt des Friedensforschers Subrata Ghoshroy vom MIT am KIT im knallvollen Redtenbacher-Hörsaal mitten im Bildungsstreik am 1. Dez. 2009. Er warnte uns, den USA mit verheerender Militär/Wirtschaftsfinanzierung der Hochschulen wie MIT zu folgen und ermutigte zur Zivilklausel.



VIII. WebDoku der Ini: Bei allen genannten forschungs-, atom- und friedenspolitischen Aktivitäten hat die Initiative gegen Militärforschung an Universitäten in Karlsruhe maßgeblich mitgewirkt und damit zur Verbesserung des Klimas in Karlsruhe beigetragen bei allen offenen Pro/Kontra-Fragen. Die WebDokumentation wird täglich gepflegt. Alles Vorgetragene kann dort im Detail nachgelesen werden. Ganz zu schweigen von vielen Beiträgen gegen den Zivilklausel-Verstoß in Bremen und zur Vorbereitung des Zivilklausel-Arbeitstreffens.

www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf

**Initiative gegen
Militärforschung
an Universitäten**



▼ 23. Februar 2017 ▼

Reiner Braun Hr.Braun@gmx.net
Dietrich Schulze Dietrich.Schulze@gmx.de

INITIATIVE
GEGEN ▼ MIL
ITÄRFORSCH
UNG ▼ ANUNI
VERSITÄTEN

**Zivilklausel oder
Militärforschung**

URL <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20170223ds.pdf>
Dieser Beitrag wurde abwechselnd von Nadja Brachmann und Dietrich Schulze vorgetragen